

In einer sozialen Marktwirtschaft ist Wohnraum jedoch nicht nur eine Versorgungsfrage. Durch Eigentumsbildung muß Wertbildung in privater Initiative ermöglicht werden. Das kommt zugleich der Werterhaltung und der Wohnkultur zugute. Bei beidem haben wir bekanntlich Nachholebedarf.

Zum Post- und Fernmeldewesen möchte ich nur soviel sagen: Die Zeiten, in denen man 16 Jahre auf ein Telefon warten mußte, sollen vorbei sein.

(Beifall)

Wir wollen ein leistungsfähiges, schnelles und zuverlässiges System aufbauen, das die geschäftlichen wie privaten Verbindungen durch Briefe, Telefon und moderne Kommunikationsmittel sicherstellt, und so die Postunion mit der Bundesrepublik vorberreiten.

Ziel der Regierung ist es, eine vielfältig strukturierte, leistungsfähige und ökologisch orientierte Land- und Forstwirtschaft in unserem Lande zu schaffen.

In diesem Zusammenhang müssen wir sehr schnell unter anderem folgende Probleme lösen:

1. Die offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Eigentum an Grund und Boden in der Land- und Forstwirtschaft. Im Namen der Regierung stelle ich hier fest: Die Ergebnisse der Bodenreform auf dem Territorium der DDR stehen nicht zur Disposition.

(Beifall)

Wir gehen aber davon aus, daß künftig alle Eigentumsformen gleichgestellt werden müssen. Ein völlig neues Bodenrecht wird die Verfügbarkeit des Eigentums an Boden unter Berücksichtigung des Gemeinwohls und bei Ausschluß von Möglichkeiten zu Spekulationen sichern.

2. Wir haben die Aufgabe, die Landwirtschaft schrittweise an den EG-Agrarmarkt heranzuführen. Dazu brauchen wir Schutzmaßnahmen jedweder Art für eine mehrjährige Übergangsperiode. Es gilt, unsere Landwirtschaft zu erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe möglichst schnell herzustellen. Wir müssen die Zusammenhänge zwischen Produktion und Absatz in Ordnung bringen, indem der Ministerrat die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür setzt.

Dazu gehören ein System neuer Agrarpreise und Steuern mit schrittweisem Übergang zur freien Preisbildung, die Sicherung der Interessen der DDR-Landwirtschaft bei zukünftigen Quotenregelungen, die schnelle Erneuerung der landtechnischen Ausrüstung, die schrittweise Einführung von Umweltnormen der EG in unserer Landwirtschaft und die beschleunigte Entwicklung und Förderung von Gewerbe und Industrien für Verarbeitung und Veredelung von Agrarprodukten im ländlichen Raum.

3. Zur Förderung genossenschaftlicher Betriebe und Einrichtungen wird unsere Regierung ein neues Genossenschaftsrecht vorlegen. Dabei werden auch die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Genossenschaftsmitgliedern und Genossenschaften zu ordnen sein.

4. Unsere Sorge gilt gleichermaßen dem Wald. Neben der Klärung vieler offener Fragen im Zusammenhang mit dem Eigentum geht es um eine völlig neue Einstellung zum Wald. Seine ökologischen und kulturellen Leistungen haben Vorrang vor der Holznutzung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Eine Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern sie ist ein Mittel, um die Lebensbedürfnisse der Menschen zu sichern, um die Entfaltung der Menschen zu ermöglichen und um die Verwirklichung menschlicher Werte zu fördern.

Arbeitsförderung und die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere auch für Frauen, Alleinerziehende, für Eltern kinderreicher Familien und für Geschädigte, ist Ziel unserer Regierpolitik.

Die Bekämpfung der zu erwartenden Arbeitslosigkeit erfordert folgende Sofortmaßnahmen:

- Umschulung und Qualifizierung von Werktätigen,
- Aufbau leistungsfähiger Arbeitsämter,
- finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit sowie
- Schutz der Beschäftigten durch ein Kündigungsschutzgesetz, ein Betriebsverfassungsgesetz und ein Tarifvertragsgesetz.

Unsere Sorge muß immer zuerst denen gelten, die aus Gründen, die sie selbst nicht zu verantworten haben, nicht aus eigener Kraft am Wohlstand teilhaben können.

Wir müssen diejenigen stützen, die zu den Schwachen der Gesellschaft gehören. Wir müssen sicherstellen, daß die Früchte der gemeinsamen Arbeit gerecht verteilt werden, und wir müssen dafür eintreten, daß der, der Lasten trägt, auch Entlastung bekommt. Gerade in einer Gesellschaft, in der sich das Spiel der freien Kräfte entfalten kann, ist es wichtig, daß die stärkste Kraft, also der Staat, sich zum Anwalt der Schwächeren macht. Dabei kann es nicht nur um die Zuweisung materieller Hilfen, beispielsweise an Behinderte, gehen, sondern es müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, daß nicht Almosen verteilt werden, sondern einklagbare Rechtsansprüche bestehen.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle vom ungeborenen Leben sprechen. Wir alle wissen, daß die Frauen und Männer - und beide Partner stehen in der Verantwortung, darüber sind sich so manche Männer anscheinend gar nicht im klaren - an den Entscheidungen oft schwer tragen. Aber wir kennen auch die Mißstände, die eine Entscheidung gegen das Leben herbeiführen. Wir brauchen mehr Entscheidungen für das Leben. Wir brauchen wirtschaftliche und ideelle Hilfestellungen, die - insbesondere den Frauen - die Entscheidung für das Leben erleichtern und nahelegen.

(Beifall)

Die soziale Unterstützung und Absicherung der Alleinerziehenden muß verstärkt werden. Und ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Mütter und Väter in gleicher Weise zur elterlichen Sorge für ihre Kinder verpflichtet sind. Aber nicht nur Alleinerziehende, sondern auch viele Eheleute und feste Partner stehen vor Problemen, weil die Familie bisher moralisch und finanziell nicht genügend gefördert worden ist.

Notwendig ist ein umfassendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und eine Abstimmung von Arbeitszeiten und Familienzeiten, die der Familie und vor allem den Kindern zugute kommt. Deshalb brauchen wir flexiblere Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung und mehr Teilzeitarbeit. Wir wollen aber auch denen helfen, die sich eine Zeitlang ganz der Erziehung der Kinder, einem behinderten Kind oder der Betreuung der eigenen Eltern widmen.

(Beifall)

Wir werden diesen Männern und Frauen helfen, damit sie sich nach der Erziehungs- oder Pflegephase wieder im Berufsleben zurechtfinden. Ziel der Regierung ist es, daß solche Phasen finanziell ausgeglichen und in die Anrechnung von Rentenzeiten einbezogen werden.

(Beifall)

Die Lastenverteilung in dieser Gesellschaft - und das heißt auch in der Familie - ist oft ungleich. Wenn der Grundwert der Gleichheit konkret werden soll, dann reicht es nicht aus, daß so viele Frauen im Arbeitsleben stehen und daraus auch ein Mehr an Selbstbewußtsein ableiten, sondern dann müssen unsere Frauen auch die gleichen Aufstiegschancen, die gleiche Bezahl-